Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 43 (1949)

Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : Pause im kalten Krieg? ; Sprungbereit! ; Das Wirtschaftsproblem ; Die amerikanische Lösung ; Westeuropa - Deutschland ; England und der Sozialismus ; Die Wirtschaft des Ostblocks ; Pazifikbund? ; Der geistige Kampf

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139258

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

heit für unser Geschlecht haben, die, allen Zänkereien abhold, den großen Kampf zu führen imstande sind, unbeirrt durch den Beifall von rechts und links.» («Neue Wege», 1913, S. 43.)

Daß dem Jubilar selber diese innere Kraft weiterhin erhalten bleibe, ist unser Geburtstagswunsch für ihn, der sich mit aufrichtigem Dank für alle unserer Sache gehaltene Treue verbindet.

Bruno Balscheit.

Weltrundschau

Pause im kalten Krieg? Unmittelbar nach dem Erscheinen unseres Juniheftes ist die *Pariser Außenministerkonferenz* zu Ende gegangen, deren Vorder- und Hintergründe unsere letzte Weltrundschau zu beleuchten suchte. Das Konferenzergebnis ist in der Weltöffentlichkeit fast allgemein als kaum mehr erwartete Entspannung der internationalen Lage empfunden worden. Zum erstenmal seit dem Ausbruche des West-Ost-Konfliktes durfte man das Gefühl haben, daß die Kriegsgefahr wieder ferner gerückt sei; die Angst ist doch weitherum von den Völkern gewichen, daß sozusagen über Nacht eine neue Katastrophe über sie hereinbrechen könne, wie das etwa unmittelbar nach dem Umschwung in der Tschechoslowakei – der zum Teil selber durch die Furcht vor einem nahen Krieg herbeigeführt wurde – oder in jenem Augenblick der Berliner Krise der Fall war, da General Clay bereits zum Losschlagen entschlossen war und die Erhaltung des Friedens wirklich nur mehr an einem Faden hing. Und dieses jetzt vorherrschende Gefühl der Erleichterung ist auch tatsächlich nicht unbegründet. Die Pariser Konferenz hat, wenn nichts anderes, so doch mindestens keine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Ost- und Westblock gebracht, wie das ihre fünf Vorgängerinnen getan haben, besonders die letztjährige Pariser Konferenz, die mit Eklat in die Luft geflogen ist. Und das ist – wir sind ja bescheiden geworden – auch ein Erfolg.

Aber bei nüchterner Betrachtung erscheinen die positiven Ergebnisse der jüngsten Außenministertagung doch allzu mager, um einen wirklichen Optimismus aufkommen zu lassen. Alle wirklichen Entscheidungen sind in Wahrheit nur verschoben worden. Vor allem ist keinerlei Fortschritt in der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit *Deutschland* gemacht worden; von einer politischen Einigung Deutschlands – der Voraussetzung für den Friedensschluß – ist man so fern wie je, und seine Zweiteilung scheint nunmehr auf allen Seiten als vorläufig unabänderliche Tatsache hingenommen zu werden, aus der man eben das Beste zu machen suchen müsse, das unter den obwaltenden Umständen über-

haupt möglich sei[1]. Nicht einmal die *Berliner Frage* ist gelöst worden; denn was nach der ja schon vorher beschlossenen Aufhebung der Blokkade in Paris an Maßnahmen zur Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den Besetzungsmächten vereinbart wurde, das führt über den Rahmen einer bescheidenen Normalisierung der Verhältnisse vorläufig nicht hinaus. Und ob der Wirtschaftsverkehr zwischen Ost- und Westdeutschland, den beide Teile so nötig brauchen, allmählich wirklich in Gang kommt, das kann erst die Zukunft lehren. Eine greifbare Errungenschaft stellt einzig die grundsätzliche Einigung der Siegermächte über den Friedensvertrag mit *Österreich* dar, die dadurch möglich geworden ist, daß die Sowjetunion die Grenzforderungen des unbotmäßigen Jugoslawien an Österreich einfach fallengelassen hat. Aber auch hier ist Vorsicht geboten, da die Russen kaum aus Österreich abziehen werden, solange sie nicht über die Gestaltung der Dinge in Deutschland einigermaßen beruhigt sind.

Wer hat also in Paris gewonnen? Der Westen glaubt, die Konferenz habe *seine* Sache gefördert, insofern sie den Erfolg der amerikanischen Druck- und Drohpolitik gegenüber Rußland und die unverkennbare Verschiebung des Mächtegleichgewichts zugunsten des atlantischen Blocks registriert habe. Die Sowjetunion anderseits sieht einen Erfolg *für sich* darin, daß es ihr gelungen sei, eine weitere Zuspitzung des Gegensatzes zu den Westalliierten, der ihr hätte gefährlich werden müssen, zu vermeiden und sich wieder in das Viermächtekonzert einzuschalten, was wiederum dem Westen die Frage nahelegt, ob es nicht klüger gewesen wäre, die Russen durch Ablehnung der vorgeschlagenen Konferenz in die völlige Isolierung zu treiben und sie zum offenen Rückzug, ja zur Kapitulation zu zwingen.

Wie dem aber auch sei: von einer wirklichen Annäherung der beiden Mächtegruppen kann trotz der in Paris vereinbarten Atempause schwerlich die Rede sein. Der «kalte Krieg» geht vielmehr ungeschwächt weiter; das Wettrüsten, die Allianzpolitik, das Ränkespiel der Diplomatie, die vergiftete und aufreizende Propagnda auf beiden Seiten – dieser ganze Teufelsapparat läuft nach wie vor auf hohen Touren, und wenn ihm nicht Einhalt getan wird, so wird er die Welt mit absoluter Sicherheit aufs neue in den Abgrund stürzen, der nur mühsam verdeckt immer noch vor ihr gähnt.

---

[1] Sehr bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Feststellung des Londoner Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 1271), daß England gar kein Interesse an einer Einigung Deutschlands habe, vielmehr unbeirrt an seinem Ziel festhalte, «Deutschland als europäische Großmacht zu eliminieren». Solange die Sowjetunion die deutsche Einheit propagiert habe, sei allerdings auch der Westen zu einer entsprechenden Haltung genötigt gewesen. «Im stillen hoffte aber London, daß sich die Mächte in Paris gerade über diesen Punkt einigen würden, und England war bereit, erhebliche wirtschaftliche Konzessionen zu machen, um den politischen Streitpunkt der deutschen Einheit aus dem Wege zu räumen.»

Sprungbereit! Gerade in den letzten Wochen ist ja der *Atlantikpakt* von einem Staat nach dem andern ratifiziert worden, und was dieser Pakt, trotz allen Auslegungskünsten und Beteuerungen des Gegenteils in Wahrheit bedeutet, ist nur zu klar. Er ist nicht durch einen drohenden Angriffskrieg der Sowjetunion nötig geworden, weiß doch jeder Unterrichtete, daß ein solcher Krieg – auch die schlimmsten Absichten Moskaus vorausgesetzt – in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren von vornherein ausgeschlossen ist; vielmehr soll er, gemäß der bekannten politischen Strategie der kapitalistischen Weltkräfte, dazu dienen, eine weitere Ausbreitung des Kommunismus nach Westeuropa, auch wenn sie ohne Eingreifen der Sowjetunion geschähe, mit militärischer Gewalt zu verhindern, womöglich auf «kaltem» Weg, einfach durch Drohung, wenn nötig aber auch durch Auslösung des «heißen» Krieges, jedenfalls aber in völligem Gegensatz zu Geist und Buchstaben der Satzung der Vereinten Nationen, die man mit ebensoviel Zynismus wie Rabulistik uminterpretiert. Der Atlantikpakt, so stellt Konni Zilliacus in seiner ausgezeichneten Schrift «Dragon's Teeth» («Drachenzähne») fest,

«... richtet ein System internationaler Beziehungen auf, das es einem atombombenfreudigen Politiker wie Churchill oder einem schießfreudigen Eisenhut wie General Clay[2] verhängnisvoll leicht macht, die Welt in einen Krieg zu stürzen, in dem beide Teile aufrichtig glauben, daß sie nur zu ihrer Selbstverteidigung kämpfen, und es auch tatsächlich unmöglich wäre, zwischen Angriff und Verteidigung zu unterscheiden. Denn beide Teile wären in den Krieg gezogen in Verfolgung einer Politik, die den Auffassungen über die gegenseitigen Interessen und Ansprüche durch Gewaltdrohung Nachdruck verleiht, und jeder Teil würde nach seiner Auffassung seine Rechte gegen den Versuch des anderen verteidigen, sie durch Kriegsdrohung zu bestreiten.»

Der Atlantikpakt ist namentlich auch geeignet, den Glauben an die *Unvermeidlichkeit* eines west-östlichen Krieges zu stärken, der in beiden Lagern genährt wird, mit viel gefährlicherer Wirkung aber auf seiten der Westmächte als auf russischer Seite, weil jene militärisch und wirtschaftlich ohne weiteres imstande wären, einen siegverheißenden «Verteidigungskrieg» zu entfesseln, sobald sie den Augenblick dafür gekommen erachteten. Man denke etwa an die Bostoner Rede Winston Churchills vom vergangenen Frühjahr, die bei uns viel zu wenig beachtet wurde, über deren Sinn und Zweck aber so unverdächtige Zeugen

---

[2] Es kann auch Feldmarschall Montgomery sein, der kürzlich bei einer militärischen Besichtigung in Holland eine eigentliche Kriegserklärung an die Sowjetunion erlassen hat. Als «christlicher Soldat» stellte er fest, daß die Nationen des Westens tatsächlich bereits im Krieg mit Rußland stünden, und wenn der Krieg vorerst auch nur «kalt» geführt werde, so könne daraus zuletzt doch «ein heißer oder Schießkrieg» werden. Nur die Zusammenballung und Bekundung militärischer Macht könne eine solche Entwicklung verhindern, und die britischen Streitkräfte, die bereits auf dem europäischen Festland stünden, würden auf jeden Fall Holland gegen einen Angriff zu verteidigen wissen. — Der Mann, der so redet, ist der Chef der Wehrmacht des Westbundes, die gegenwärtig in planmäßigem Aufbau begriffen ist. In seinen und seinesgleichen Händen liegt das Schicksal Europas!

wie die Brüder Alsop in der «New York Herald-Tribune» damals (9. April 1949) das Folgende feststellten:

«Nach Churchills Ansicht ist es klar, daß wir nur zwei Möglichkeiten haben, lebendig davonzukommen. Entweder wird sich Rußland radikal und rasch umstellen, oder wir müssen, wenn ‚unsere nicht unbegrenzte Sicherheitsfrist' abläuft, *eine Präventivkrise erzeugen, die nötigenfalls zum Präventivkrieg führt,* um eine Regelung mit dem Kreml zu erzwingen. Wann dies nötig sein wird, deutet seine (Churchills) Betonung des nur zeitweiligen Atomkraftmonopols der Vereinigten Staaten an. Kurz, es muß zur Kraftprobe kommen, bevor der Kreml die Atombombe eines demokratischen Volkes besitzt.» (Hervorhebungen von mir.)

Eine erste Wirkung des Atlantikpaktes wird die *Subventionierung der Aufrüstung Westeuropas durch Amerika* sein. Sie trifft zwar in gewissen amerikanischen Kreisen auf Widerstand der verschiedensten Art, ist aber doch bereits ernstlich in Angriff genommen worden, zunächst im Betrag von 1,45 Milliarden Dollar für das erste Jahr. Welche Hoffnungen das in *Deutschland* erwecken muß, ist hier schon wiederholt gesagt worden. Neuerdings hat ein Vertrauensmann Otto Straßers, des noch in Kanada weilenden ehemaligen Führers der «Schwarzen Front» – der Mann nennt sich Waldemar Wadsack –, öffentlich erklärt, wenn die Westmächte die deutschen Grenzen von 1938 (!) anerkennten und Deutschland in die «europäische Völkergemeinschaft» sowie in die UNO aufnähmen, dann würde es ihnen seine ganze Wirtschafts- und Militärmacht gegen Rußland zur Verfügung stellen. «Otto Straßer ist sogar bereit, eine deutsche Armee unter das Oberkommando der westlichen Alliierten zu stellen, und nur eine deutsche Armee kann den militärischen Vormarsch der Sowjets zum Stehen bringen.» Otto Straßer werde auf jeden Fall innert 24 Stunden nach seiner Rückkehr ins Vaterland 85 Prozent des deutschen Volkes hinter sich haben.

Das ist leider gar nicht sehr übertrieben. Und daß die immer planmäßiger vor sich gehende Eingliederung Westdeutschlands in die Atlantikfront angesichts der militärischen Schwäche der westeuropäischen Staaten logischerweise auch zu einer Wiederaufstellung der deutschen Armee drängt, das kann nur bestreiten, wer seine Wünsche schon für Tatsachen hält. Eine westdeutsche Wehrmacht *ist* nun einmal der gegebene Kern jeder Armee, die gegen die Sowjetunion eingesetzt werden soll. Auf keinen Fall werden die Amerikaner bereit sein, selbst mehr als die unbedingt nötigen Truppenbestände in Europa zu lassen oder im Kriegsfall hinüberzuschicken. Der Abgeordnete Cannon hat es im Repräsentantenhaus offen herausgesagt:

«Im nächsten Krieg wollen wir wie im letzten die Soldaten anderer Nationen ausrüsten und *sie* ihre Jungen auf die Schlachtbank schicken lassen, statt daß wir unsere eigenen Jungen schicken ... Wir wollen die (feindlichen) Operationszentren anfliegen und dann unsere Verbündeten ihre Armeen nachstoßen lassen, andere Jungen, nicht die unsrigen, um das Gelände zu halten, das wir erobern ... Mit der Unterzeichnung des Atlantikpaktes haben wir die Stützpunkte. Alles, was wir jetzt noch brauchen, sind die Flugzeuge, um die Bomben abzuwerfen.»

Daß dies die Auffassung des national gesinnten Durchschnittsamerikaners überhaupt ist, kann kaum bezweifelt werden; daß es auch diejenige der großen Wehrmachtsführer ist, kam kürzlich in den Erklärungen des Generalstabschefs Omar Bradley vor dem Senatsausschuß für Auswärtiges anläßlich der Beratung der Rüstungshilfe für Westeuropa klar zum Ausdruck.

Das Wirtschaftsproblem Unterdessen tritt, die Atempause im Austrag des politischen Weltkampfes ausfüllend, der Kampf um die Gestaltung der internationalen *Wirtschaft* wieder mehr hervor, der ja unsichtbar stets auch hinter den politischen Auseinandersetzungen steht. Und zwar zunächst als britisch-amerikanischer Konflikt um die Überwindung der sogenannten *Dollarkrise*. Wir können das Problem, um dessen Lösung es geht, vielleicht am besten verstehen, wenn wir von der einfachen Regel ausgehen, die allen normalen Güteraustausch beherrscht: Wer verkaufen will, der muß auch kaufen (damit der andere bezahlen kann und das Gleichgewicht gewahrt bleibt). Dieses Gleichgewicht ist nun aber im britisch-amerikanischen Handelsverkehr von beiden Seiten her gestört. Die Vereinigten Staaten haben während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren ihre Produktionskraft dermaßen gesteigert, daß sie heute über 60 Prozent mehr Waren auf den Markt werfen können als vor dem Krieg und mit bloß 6 Prozent der Weltbevölkerung zwei Drittel sämtlicher Weltgüter erzeugen. Der Absatz dieser ungeheuren Warenmassen begegnet nun aber seit dem Aufhören der Kriegsproduktion und der Befriedigung des dringendsten Friedensbedarfes wachsenden Schwierigkeiten, vor allem auf dem amerikanischen Binnenmarkt. Um so stürmischer drängt Amerika auf die Öffnung der Auslandsmärkte. Damit aber die überseeischen Länder Amerika seine überschüssigen Waren abnehmen können, muß es ihnen Gelegenheit geben, ihre eigenen Erzeugnisse in Amerika abzusetzen — und gerade davon will Amerika nichts wissen, da es eben, bei seiner aufs höchste getriebenen Produktionskraft und der Vielseitigkeit seiner Hilfsquellen, sozusagen Selbstversorger geworden ist und die andern vermeintlich gar nicht braucht. Es glaubt also, verkaufen zu können, ohne selbst kaufen zu müssen.

Die sich aus dieser Lage ergebenden Schwierigkeiten werden dadurch noch erhöht, daß insbesondere die durch den Krieg erschöpften und verarmten europäischen Länder von Amerika auch dann nicht viel kaufen *könnten*, wenn sie im übrigen freien Zugang zum amerikanischen Markt hätten und so Dollarguthaben erwerben könnten, mit denen sie amerikanische Lieferungen zu bezahlen vermöchten. Das gilt namentlich von *England*, das im Krieg gewaltige Verluste erlitten hat und so dollararm geworden ist, daß es von Amerika seinerseits möglichst wenig kaufen, aber um so mehr dorthin verkaufen will, im übrigen aber seinen

Handel vor allem mit den Ländern der Sterlingwährung durch zweiseitige Verträge auszudehnen sucht, die Amerika ausschließen.

Eine geradezu groteske Lage! Die Vereinigten Staaten haben sie zunächst dadurch zu mildern versucht, daß sie der Kaufkraft der kriegsgeschädigten Länder durch großzügige Kredite und Schenkungen wieder aufzuhelfen bemüht waren. Aber auch wenn man davon absieht, daß auf diese Weise die bedachten Länder immer mehr in den Stand gesetzt werden, als Konkurrenten der amerikanischen Industrie auf dem Weltmarkt aufzutreten, so konnte diese Stützungsaktion doch nur ein vorübergehend wirkendes Not- und Behelfsmittel sein; die von außen her gestützten Volkswirtschaften mußten so bald als möglich wieder selbst auf die Beine zu kommen suchen. Gerade das wollte aber Großbritannien nicht gelingen. Ja seine Wirtschaftsschwierigkeiten, die sich in einer dauernden Dollarknappheit ausdrücken, haben sich neuerdings sogar noch weiter, und in höchst bedrohlicher Weise, verschärft, teils weil der Konjunkturrückschlag in den Vereinigten Staaten zu einer Verminderung der amerikanischen Einfuhr aus den Sterlingländern geführt hat, teils weil wichtige Exportrohstoffe des Sterlingsgebietes im Preise gefallen sind, teils weil gewisse notwendige Einfuhren der Sterlingländer außergewöhnlich zugenommen haben, so daß die Dollarreserven, mit denen Großbritannien sein Zahlungsdefizit gegenüber den Hartwährungsländern ausgleichen muß, eine fast katastrophale Schrumpfung erlitten haben.

Die amerikanische Lösung Wie soll nun – wir konnten natürlich das ganze verwickelte Problem nur in äußerster Vereinfachung umreißen – das so schwer gestörte Gleichgewicht im internationalen Güteraustausch wieder hergestellt werden? Die *Vereinigten Staaten* antworten: Durch Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte auf nationalem wie auf internationalem Boden, durch Wiederanerkennung der unerbittlichen Gesetze der liberalen Konkurrenz- und Marktwirtschaft, durch Beseitigung aller staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft und aller willkürlichen Lenkungsmaßnahmen, die das selbsttätig den Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Bedürfnissen der einzelnen wie der Völker sicherstellende Walten des Preismechanismus stören und hindern. Laßt nur jeden frei seinen eigenen wirtschaftlichen Vorteil suchen, dann kommt auch das große Ganze wieder in beste Ordnung!

Diese Lehre vom individuellen Gewinnstreben, das die entscheidende Triebkraft einer gesunden Wirtschaft sei und mit unsichtbarer Hand die scheinbar widerstreitenden Interessen vereine, ist zwar sittlicher und wirtschaftlicher Widersinn, der durch tausendfältige Erfahrung widerlegt ist und sich nur darum behaupten kann, weil er eben dem Vorteil der wirtschaftlich Starken, besonders der Besitzer der sachlichen Produk-

tionsmittel – Boden und Kapital –, dient, die die Macht auch in Staat und Verwaltung innehaben. Aber Tatsache ist dennoch, daß jetzt ganz planmäßig darauf hingearbeitet wird, die durch den Krieg, diesen verheerendsten Ausdruck des Gewinn- und Konkurrenzstrebens, aus den Fugen gegangene Weltwirtschaft aufs neue nach klassisch kapitalistischen Grundsätzen in Gang zu bringen. Auf internationalem Boden sind Marshallhilfe, Ausfuhr amerikanischen Privatkapitals und allseitige Handelsverträge (die Politik der «offenen Tür» – für die eigenen Erzeugnisse natürlich nur) Hauptmittel zur Erreichung dieses Zweckes; mehr und mehr wird aber, in Verbindung damit, auch die innerstaatliche Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder entsprechend umgestaltet.

Am frühesten gingen die Vereinigten Staaten selbst diesen Weg. Die aus der Reform-Ära Roosevelts und aus der Kriegszeit stammenden planwirtschaftlichen Maßnahmen wie Preiskontrolle, staatliche Zuweisung von Rohstoffen und Betrieb zahlreicher großer Wirtschaftsunternehmen durch den Bund wurden fast restlos aufgehoben, die «Privatinitiative», das heißt das Bereicherungsstreben, neu angeregt und die Rechtsstellung der viel zu üppig gewordenen Gewerkschaften brutal verschlechtert. Das war zwar nicht die Rückkehr zur «freien Wirtschaft» (deren Grundsätze nur gegenüber dem Staat und der Arbeiterschaft durchgesetzt wurden, nicht aber gegenüber den kapitalistischen Verbindungen und Monopolen), aber das Schlagwort hatte seinen Dienst gleichwohl getan und dem Erwerbsstreben wieder fast völlig freie Bahn bereitet, auf der es sich mit glänzendem Erfolg – die Gewinne stiegen ja auf früher nie erreichte Höhen – rücksichtslos auslebte.

Es ist wahr, die amerikanische Gesamtwirtschaft fährt dabei nicht unbedingt gut; die Hochkonjunktur flaut bereits wieder sichtlich ab, die industrielle Produktion ist seit dem letzten Herbst um rund 15 Prozent gefallen, 6 Prozent der Arbeitskräfte stehen auf der Straße, und über ein Drittel aller amerikanischen Familien hat keinerlei flüssige Mittel mehr für Notfälle oder außerordentliche Bedürfnisse zur Verfügung. Aber solange Produktion, Preise und Profite immer noch mehr als 150 Prozent über dem Stand von 1940 stehen und die immer höher getriebenen Kriegsrüstungen einem großen Teil der amerikanischen Industrie einen ständigen Auftragsbestand mit wundervollen Verdienstmöglichkeiten sichern, sieht «die Wirtschaft» keinerlei Grund zur Beunruhigung oder zur Unterstützung einer Politik tatkräftiger Krisenabwehr. Das ganze schöne Reformprogramm Präsident Trumans hat darum alle Aussicht, mit Ausnahme weniger Punkte wie Wohnungsbau und Schulsubventionen bis zu den nächstjährigen Wahlen auf dem Papier stehen zu bleiben, während anderseits «die größte Kommunistensäuberung der Geschichte» (Generalstaatsanwalt Tom Clark, jetzt Mitglied des Bundesgerichts) energisch fortgesetzt wird und unter dem Vorwand der Verhinderung eines (gar nicht wirklich drohenden) gewaltsamen Umsturzes der Verfassung die persönlichen und politischen Freiheitsrechte der Ame-

rikaner mehr und mehr eingeschränkt, die Rechte und Vorrechte der wirtschaftlich übermächtigen Oberschicht aber auch auf politischem Boden weiter ausgedehnt und befestigt werden. Welche Verblendung, daß hier auch die amerikanischen Gewerkschaften, soweit es sich nicht um ihre engeren Sonderinteressen handelt, mit Schwung und Erbitterung mitmachen! Professor Harold J. Laski schreibt (in der Neuyorker «Nation» vom 2. Juli) nach einer Studienreise durch die Vereinigten Staaten mit begreiflicher Sorge:

«Sollte eine Krise kommen, so braucht es keinen besonderen Scharfblick, um zu sehen, daß sie (die «industriellen Imperien» Amerikas) ihre Rettung dadurch zu bewerkstelligen suchen würden, daß sie die Macht der organisierten Arbeiter brechen. Wenn die Gewerkschaften ihre Stellung zu behaupten vermöchten, würden die kapitalistischen Interessen, statt ihre Souveränität auf wirtschaftlichem Gebiete preiszugeben, ihren Besitz durch Maßnahmen sichern, die auf einen Frontalangriff gegen die demokratischen Einrichtungen hinauskämen.»

Westeuropa - Deutschland Das gleiche Rezept, das den Vereinigten Staaten wieder zur vollen Entfaltung ihrer kapitalistischen Kräfte verholfen hat, wird auch den westeuropäischen Ländern verschrieben, in denen durch den Krieg nicht nur der Wirtschaftskörper im allgemeinen zerrüttet, sondern der Kapitalismus selbst tief erschüttert war. In Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen usw. wurde das «freie Unternehmertum» planmäßig wieder in seine Rechte eingesetzt, und zwar unter tätiger Mitwirkung sozialistischer Parteien und Minister. Aber es ist halt schon so, wie Churchill letzthin in einer Rede vor seinen Wählern rühmte: «Die ausländischen Sozialisten bekümmern sich nicht um die sozialistischen Thesen, sobald sie Minister sind. Sie tun, was in ihrer Macht steht, um (mit wirtschaftsliberalen Methoden. H. K.) ihre Länder zu einem vernünftigen Lebensstandard zurückzuführen.»

Typisch ist *Belgien*, das unter Führung der Nationalbank alle Wirtschaftskontrollen und Lenkungsmaßnahmen aufhob, die Löhne tief hielt und sich keinerlei sozialpolitischen Luxus erlaubte, mit scheinbar prächtigem Erfolg für die Wiederbelebung der Wirtschaft. Als dann die Konjunktur umschlug, griff «man» kühlen Herzens zu den bewährten Mitteln der Deflationstechnik und ließ die Arbeitslosigkeit soweit ansteigen, daß Belgien heute das Land mit dem höchsten Prozentsatz unbeschäftiger Arbeiter in der Welt ist. Die Stärkung der reaktionären Kräfte auch in der Politik war die unvermeidliche (und gewollte) Folge; und wenn die Katholischkonservative Partei bei den jüngsten Wahlen auch nicht ganz die Mehrheit erlangt hat, so ist sie doch so stark geworden, daß die Führung der Regierung nunmehr *ihr* zufällt und sie ihre Bemühungen um die Zurückberufung des so schwer bloßgestellten, aber eben ausgesprochen klerikal-reaktionären Königs Leopold mit größerer Aussicht auf Erfolg fortsetzen kann als bisher.

Wie verderblich sich die Rückkehr zur «Marktwirtschaft» in *Westdeutschland* auswirkt, haben wir hier immer wieder zu zeigen gesucht. Anna Siemsen spricht es in der «Roten Revue» (Juniheft) neuerdings aus:

«Ich lese immer wieder in schweizerischen Zeitungen von dem wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. Wer als Tourist Deutschland bereist, insbesondere in internationalen Zügen und mit internationaler Währung, mag leicht diesen Eindruck erhalten. Es gibt wieder so ziemlich alles. Freilich ist die Qualität oft recht fragwürdig — die besseren Waren gehen ins Ausland —, und die Preise sind es erst recht, das heißt, von richtiger Kalkulation ist wenig zu spüren... Der ganze Wirtschaftsaufschwung, die zweifellos vorhandenen Gewinne bestimmter Kreise erfolgen über einer grenzenlosen Armut. Es gibt keinen Mittelstand mehr, der aus Besitz und Arbeit sich ein behagliches Einkommen aufbaut. Die Millionenmassen leben aus ihrer Arbeit. Und diese Arbeit ist großenteils miserabel entlöhnt und durchaus ungesichert. Es ist ein unheimliches Bild, das dauernde Steigen der Arbeitslosigkeit zu verfolgen, die im letzten Monat in der Westzone bereits auf fast 1¼ Millionen stand und diesen Stand mit einem regelmäßigen Anstieg von 200 000 monatlich erreichte. In der Schweiz würde das einer Arbeitslosigkeit von 125 000 entsprechen. Aber die Lage ist in Deutschland anders, einmal weil niemand zurückgreifen kann auf Ersparnisse oder Vorräte irgendwelcher Art, sondern Arbeitslosigkeit sogleich das glatte Hungern bedeutet. Sodann aber, weil diese Millionen müßiggehen müssen inmitten eines schreienden Bedarfs nach Gütern jeder Art.

Die Wohnungsnot ist schlimm wie je. Aber bauen konnten nur die, welche über Kapital verfügen. Daher die Klage, man baue nur Geschäftshäuser, Restaurants, Kirchen und Villen. Und die Bauhandwerker gehen arbeitslos... Und da in Deutschland die Armut immer sich hinter einer Fassade von Ordnung und Sauberkeit versteckt, und da die Städte wirklich ‚aufgeräumter' und an Stelle der Trümmerhaufen jetzt leere Plätze sind, so ist das Gesicht des Dauerelends nur denen erkennbar, die genau hinschauen.»

Tatsache ist, daß die Reallöhne in Westdeutschland noch nie so niedrig waren wie heute; nach dem Wissenschaftlichen Wirtschaftsinstitut in Köln betragen sie zurzeit nur 60 Prozent der Löhne von 1936, während die Durchschnittsgewinne der Industrie schon im vergangenen März wieder auf 115 Prozent des damaligen Standes gestiegen sind. So sieht es in Westdeutschland aus! Nicht die Wirtschaft ist saniert, sondern nur der Kapitalismus – und zwar ein ausgeprägt monopolistischer Kapitalismus – ist wiederhergestellt worden, mit all seinem Glanz, aber auch mit all seinem Elend.

Auf diesem Grunde erhebt sich dann jener *neue Nationalismus und Faschimus*, den auch Leute beklagen, die an der Restauration des deutschen Kapitalismus wacker mitgearbeitet haben. Begünstigt durch die Fehler der Besetzungsmächte, nicht zuletzt durch die Verschleppung des Abbruches der Kriegsindustrie, der teilweise zu bloßen Konkurrenzzwecken mißbraucht zu werden scheint, schießt das Alldeutschtum wieder so üppig ins Kraut wie je. Neue nationalistisch-militaristische Bünde und Gruppen wachsen aus dem Boden wie Pilze nach einem Sommerregen. Der Ministerpräsident eines westdeutschen Landes darf ganz offen die Revision der Nürnberger Urteile gegen «unschuldige» Deutsche wie

Weizsäcker fordern. Ein früherer Stabschef der Wehrmacht – General Halder – veröffentlicht eine vielgelesene Schrift «Hitler als Feldherr», die kein Wort grundsätzlicher Ablehnung des deutschen Kriegsverbrechens enthält und nur Hitlers strategische Fehler kritisiert, welche die deutsche Armee um den verdienten Sieg gebracht hätten. Auch die Sozialdemokratie schlägt scharf nationalistische Töne an, nicht nur jetzt, im Wahlkampf, wo die Demagogie alles, die Wahrheit nichts ist, sondern schon seit Kriegsende und unbelehrt durch die Erfahrungen, die sie mit dieser Agitation in der Weimarer Republik gemacht hat. Verwaltung und Gerichte sind längst wieder Domänen der politischen und sozialen Reaktion; das Bielefelder Gericht für die Aburteilung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit z. B. weist unter 33 Beamten 31 frühere Mitglieder der NSDAP auf. Desgleichen gerät die Schule mehr und mehr wieder unter den Einfluß der alten, tüchtigen «Erzieher»; bezeichnend, daß an einer kürzlich abgehaltenen Lehrertagung der seinerzeitige nazistische Erziehungsminister für Sachsen, Hartnacke, schon wieder das Hauptreferat erstatten durfte. Und so weiter, und so weiter. Man könnte ja die Belege schier ins Unendliche vermehren.

Daß diese neu-alten reaktionär-nationalistischen Strömungen alle zusammen wieder in den schönsten Antikommunismus einmünden, ist selbstverständlich. Hitler und Goebbels werden sich in Walhall freuen, wie herrlich ihre Saat aufgegangen ist. Und die guten Deutschen, bestärkt durch Franzosen, Engländer und Amerikaner, nehmen das als untrüglichen Beweis für die Geburt eines wahrhaft demokratischen Geistes in Westdeutschland! Nein, die Deutschen lehnen in ihrer großen Mehrheit die Demokratie innerlich ab[3], wenn sie auch für die sogenannten demokratischen Parteien stimmen mögen, weil eben andere als solche – außer den Kommunisten – bisher überhaupt nicht zugelassen sind. Die Demokratie ist in Deutschland reine Fiktion, «Lebenslüge», Lippenbekenntnis. Als wirkliche Kraft hat sie vor der wirtschaftlichen und sozialen Frage ebenso versagt wie gegenüber der politischen Aufgabe, die den Deutschen nach dem zweiten Weltkrieg, wie schon nach dem ersten, gestellt war. Und die Folge ist, daß die Russen und die von ihnen gestützten Kommunisten der Ostzone jeden Tag mehr in ihrer Überzeugung bestärkt werden, daß Kapitalismus, Nazismus und Militarismus auch in Westdeutschland nur durch Diktatur und «Volksdemokratie» ausgerottet werden können. Haben die schlappen, lauen «Demokraten» des Westens, in und außerhalb Deutschlands, das mindeste Recht, sich darüber zu beklagen?

---

[3] Der amerikanische Militärgouverneur für Bayern, van Wagoner, meinte kürzlich, daß «die amerikanische Besetzung Deutschlands noch 20 Jahre andauern sollte. Es braucht Zeit, dem deutschen Volke Demokratie beizubringen.»

England und der Sozialismus

Das einzige westeuropäische Land, das dem Zuge der Wiederherstellung des Kapitalismus und der großbürgerlichen Klassenherrschaft noch Widerstand leistet, ist Großbritannien, das eben noch im ersten Siegestaumel eine Labourregierung zur Macht geführt hat. Zwar ist auch es schon seit Jahr und Tag von Amerika aus dem stärksten Druck ausgesetzt; die Budgetkommission des amerikanischen Senats war kürzlich sogar ganz nahe daran, einen Antrag anzunehmen, wonach die Marshallhilfe allen jenen Ländern gegenüber (gemeint war vor allem Großbritannien) einzustellen sei, die mit der Sozialisierung ihrer Grundindustrien fortführen. Und in England selbst betreiben die Konservativen, Churchill voran, eine ganz groß aufgezogene, heftige Propaganda gegen Labours Politik der Vollbeschäftigung, der sozialen Sicherheit, der Wirtschaftsplanung und Sozialisierung, die an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes in hohem Grade mitschuldig sei. Wiederbelebung des Gewinnstrebens durch Beseitigung hemmender Kontrollen, massive Einschränkung der Sozialausgaben, Pfundabwertung, Preis- und Lohnabbau als Folge eines gewissen «erträglichen» Maßes von Arbeitslosigkeit (wohl so ähnlich wie in Belgien und Westdeutschland) – das seien, wie im Jahr 1931, als MacDonald und Snowden die Sache der Arbeiterschaft und des Sozialismus verrieten, auch jetzt wieder die natürlichen Heilmittel, welche die britische Wirtschaft der Gesundung entgegenzuführen vermöchten. (Die gleichen wohlgemeinten Ratschläge gibt der Labourpartei übrigens auch unsere schweizerische Bürgerpresse.)

Aber diese ganze Tendenzpropaganda hat vorläufig noch wenig Erfolg gehabt. Die Regierung Attlee-Cripps hat bisher, mit Schwankungen freilich, dem auf sie ausgeübten Druck ziemlich gut standgehalten. Insbesondere haben die Ende Juni in Paris geführten Verhandlungen über die Revision des europäischen Zahlungsplanes nicht den gewünschten Erfolg gebracht, obwohl bereits triumphierend verkündigt worden war, der britische Schatzkanzler gehe «als großer Verlierer» aus dem Ringen hervor, «denn der internationalen Wirtschaftspolitik ist bei dieser Gelegenheit eine Richtung gewiesen worden, die den Zielsetzungen und Wirtschaftsmethoden der Labourregierung diametral entgegengesetzt ist». Aber wie wird der zähe Kampf schließlich ausgehen? Werden Cripps und Bevin bei den Washingtoner Verhandlungen vom September *auch* fest bleiben? Bereits wird ja (Londoner Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 19. Juli) versichert, Washington werde bestimmt «die Konvertibilität (freie Umtauschbarkeit) des Pfundes und den Verzicht auf weitere bilaterale Wirtschaftsabkommen mit diskriminierenden (Amerika benachteiligenden) Auswirkungen fordern, wahrscheinlich aber auch den Verzicht auf die Nationalisierung der Stahlindustrie und anderer bedrohter Wirtschaftszweige». Wird Großbritannien

schließlich nicht doch auch zu Kreuze kriechen – oder besser: das goldene Kalb küssen müssen?

Die Labourregierung befindet sich eben in einer recht eigentlich tragischen Lage. Sie steht mit ihrer sozialistischen *Innenpolitik* allein einer feindseligen Umwelt gegenüber – und unterstützt doch mit ihrer *Außenpolitik* die Bestrebungen dieser selben Umwelt verbissen, geradezu verblendet. Solange dieser Widerspruch, ja Widersinn nicht aufgehoben ist, werden England alle seine Anstrengungen, endgültig über die Dollarkrise hinwegzukommen, nicht viel helfen, weder neue Ausfuhrsteigerungen und Einfuhrbeschränkungen gegenüber dem Dollargebiet noch verstärkte Handelsbeziehungen mit den Ländern des Sterling- und des Rubelblockes (wie sie z. B. der kürzlich abgeschlossene Handelsvertrag mit Argentinien angebahnt hat und ein weiterer Vertrag mit der Sowjetunion ins Auge faßt), ja nicht einmal die konsequentere Durchführung sozialistischer Lenkungsmaßnahmen gegenüber der britischen Wirtschaft selbst. Helfen kann auf die Dauer nur die *Lösung Englands von der kapitalistisch-imperialistischen Welt- und Europapolitik des gegenwärtigen Amerika* und, zusammen mit allen dazu willigen Kräften, der entschlossene Aufbau eines *sozialistischen Westeuropa*, der gleichzeitig Englands Staat und Wirtschaft von den drückenden Lasten einer Rüstungspolitik befreien würde, die sich Großbritannien in seiner heutigen Lage schon aus materiellen Gründen nicht mehr leisten kann.[4]

Und das ist ja auch die Aufgabe, vor die der *demokratische Sozialismus* ganz allgemein gestellt ist. Der gehässige, sture Antikommunismus, dem sich der Großteil der sozialdemokratischen Parteien ergeben hat und der sie immer tiefer in die Abhängigkeit von der westlichen, besonders der amerikanischen Machtpolitik hineinführt – die Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes und der Aufbau einer neuen, amerikanisch dirigierten Gewerkschaftsinternationale gehören ins gleiche Kapitel –, droht sie innerlich mehr und mehr auszuhöhlen und aller revolutionären Kraft zu berauben. Wenn es auch vollauf berechtigt und notwendig ist, daß sich die Sozialdemokratie dagegen wehrt, von den kommunistischen Parteien einfach aufgefressen zu werden, so ist es doch unbegreiflich und kommt dem moralischen Selbstmord gleich, daß sie nicht sehen will, wie sie bei einer Fortsetzung des bisherigen kollaborationistischen Kurses erst recht vom *Bürgertum* und von den sozialkonservativen Schichten aufgesaugt wird. Das Schicksal der Sozialistischen Partei Frankreichs, die

---

[4] England hat seine Wehrausgaben, trotz seiner offenkundigen Zahlungsunfähigkeit, für das laufende Jahr um 107 Millionen Pfund Sterling auf 760 Millionen Pfund erhöht, etwa den dreifachen Betrag seiner Vorkriegsausgaben für Armee und Flotte. 1 500 000 Mann dienen in der Wehrmacht oder arbeiten in der Rüstungsindustrie und entziehen damit der Volkswirtschaft eine Produktion von mindestens 500 Pfund pro Kopf und Jahr, was einer Belastung Großbritanniens in der Höhe von weiteren 750 Millionen Pfund entspricht. Die Rüstungspolitik kostet so jede britische Familie von vier Köpfen rund 2½ Pfund (etwa 43 Schweizer Franken) *in der Woche*.

längst eine kleinbürgerliche Mittelpartei geworden ist und an Anhängerschaft wie an Einfluß unaufhaltsam verliert, sollte als Warnung wirklich genügen![5] Oder ist den Rechtssozialdemokraten die Zurückdrängung der Kommunisten, die ihnen und den bürgerlichen Parteien in der letzten Zeit tatsächlich gelungen ist, z. B. bei den jüngsten Wahlen in Belgien und Kanada, wichtiger als die Schwächung der eigenen Partei, die gleichzeitig und als ganz natürliche Wirkung des systematischen Antikommunismus überall festzustellen ist, wo die politischen Kräfte gemessen werden? Dürfen sie sich über diese Verluste wirklich mit dem Trost hinwegsetzen, daß durch die sozialdemokratisch-bürgerliche Zusammenarbeit doch wenigstens die Demokratie gerettet worden sei? Wenn sie ehrlich sind – nein! Denn auf diesem Wege wird nicht die Demokratie gerettet, sondern nur der *Kapitalismus*, während im Gefolge des Wiederaufstieges der wirtschaftlichen und politischen Reaktion die Demokratie ganz sicher zugrunde gehen wird, eingeschlossen die Sozialdemokratie. Der Kommunismus als Bewegung aber wird, trotz allen Rückschlägen, die er jetzt erleidet, bei dieser ganzen Entwicklung nur gewinnen und in den Augen der Völker die einzige ernst zu nehmende Kraft der sozialen Revolution bleiben, um die nun einmal die Welt einfach nicht mehr herumkommt.

Die Wirtschaft des Ostblocks Mittlerweile befestigt sich auch der Kommunismus als *System* mehr und mehr. Der ungeheure Länderraum, der sich zwischen Elbe und Amur, zwischen Eismeer und Mittelmeer ausdehnt, wird auf kommunistischer Grundlage immer planmäßiger zu einem einzigen, einheitlich organisierten Wirtschaftsgebiet zusammengefaßt, das sich bei voller Entfaltung seiner fast unerschöpflichen Kräfte mindestens so gut selbst versorgen kann wie das amerikanische Imperium und das hoffen darf, im Laufe der Zeit die kapitalistische Welt an Leistungsfähigkeit nicht nur zu erreichen, sondern sogar zu überflügeln. Schon heute produzieren die Ostländer, trotz den beispiellosen Kriegsverwüstungen, die sie erlitten, im ganzen mehr als vor zehn Jahren, und wenn die gegenwärtig laufenden Wirtschaftspläne erfüllt sind – das dürfte um 1954 herum der Fall sein –, dann wird ihnen zum erstenmal seit Beginn der industriellen Revolution ein Vorrat an Kapital- und Verbrauchsgütern zur Verfügung stehen, der sie vom Ausland weithin unabhängig machen und zugleich ihre weitere wirtschaftliche und politische Vereinheitlichung wesentlich zu erleichtern

[5] Für das Vorherrschen der antikommunistischen Ideologie in der französischen Sozialistenpartei gibt Alexander Werth im «New Statesman» ein bezeichnendes Beispiel. Am jüngsten Parteitag der SFIO in Paris war im Vorraum des Verhandlungssaales ein großer Buchladen aufgemacht. «Da lagen, breit ausgelegt, die Schriften von Kravchenko, General Anders, William Bullitt, Mikolajczyk und andere Bücher, die die Greuel des kommunistischen Rußland beschrieben. Sie waren eingerahmt von kaum ein paar verstaubten, antiquarischen Exemplaren von Guesde und Jaurès, nebst einer kurzen Broschüre mit den Kriegserinnerungen von Léon Blum.» Symbolisch, fürwahr!

geeignet sein wird. Die innere Erschließung dieses riesigen Wirtschaftsraumes, die Weiterführung des großen kommunistischen Sozialexperiments und seine Sicherung gegen Störungen und Angriffe von außen – das sind denn auch die wahren, wesentlichen Ziele der Sowjetpolitik, nicht die kriegerische Ausdehnung des russischen Machtbereiches nach dem so ganz anders gearteten Westeuropa oder gar nach Amerika hinüber.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten hat in der letzten Zeit bereits augenfällige Fortschritte gemacht. Ihr gegenseitiger Handelsverkehr steht erheblich über demjenigen der Vorkriegszeit. Der Güteraustausch zwischen der Sowjetunion und den Volksrepubliken ist heute an Umfang doppelt so groß wie 1939, und derjenige zwischen den Volksrepubliken untereinander erreicht mengenmäßig schon die Hälfte ihres gesamten Außenhandels vor dem Krieg, von dem er 1939 nur einen Fünftel ausmachte. Noch bleibt die Ausfuhr der osteuropäischen Staaten nach der Sowjetunion hinter ihrem früheren Export nach Deutschland und Österreich zurück, aber er ist doch schon zehnmal größer als vor dem Krieg und ihre Einfuhr aus der Sowjetunion gar 25mal höher als damals. Und wenn man etwa die großzügigen Entwürfe für die Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs zwischen Polen und der Tschechoslowakei kennt, insbesondere für die Zusammenlegung der natürlichen Hilfsmittel der beiden Länder durch die Vereinheitlichung ihrer Krafterzeugung und die Gesamtplanung ihres Verkehrswesens (u. a. durch den Bau eines Schiffahrtkanals zwischen Oder und Donau, der die Ostsee mit dem Schwarzen Meer verbinden soll), dann bekommt man schon einen Begriff von den «unbegrenzten Möglichkeiten», die sich auch diesen Ländern eröffnet haben.

In diesem Zusammenhang muß auch das Streben der Leiter der Sowjetpolitik nach *politischer* Vereinheitlichung der Länder des Ostblockes gesehen werden. Wirtschaftsplanung nur mit Rücksicht auf die eigenen nationalen Interessen, eigenstaatliche Vorbehalte – z. B. in bezug auf die Militärpolitik – oder gar Widerstand gegen die kommunistische Generallinie selbst – das sind in den Augen des Kreml unentschuldbare Verbrechen. So ist denn in Polen, nach Gomulkas Kaltstellung, die Gleichschaltung mit der Sowjetunion rücksichtslos weitergeführt worden, während in Ungarn der einst allmächtige Innen- und Außenminister Rajk mit seinem ganzen Anhang unter schwerster Anklage vor Gericht gestellt wird. In Bulgarien wurde seinerzeit Dimitrow, der große, unlängst verstorbene Internationalist, ohne Zimperlichkeit in den Senkel gestellt, als er sich «nationalistische Abweichungen» erlaubte, und Kostow, der frühere Vizeministerpräsident der Regierung, wenn nicht einfach «liquidiert», so doch aus Amt und Würden vertrieben. Auch General Markos, der Führer der griechischen Partisanen, ist wegen mangelnder Gefügigkeit gegenüber Moskau in Ungnade gefallen, und der Organisator des kommunistischen Albanien, Dzodze, gar als «Verräter» hingerichtet wor-

den. Was Wunder, daß die Kominform ihren Kampf gegen Tito-Jugoslawien mit äußerster Gehässigkeit und offenkundig verleumderischen Waffen fortsetzt, freilich ohne daß sie bisher die Stellung der Ketzer wesentlich hätte erschüttern können! Der starre Zentralismus und unduldsame Gleichschaltungswillen, der sich in all diesen Aktionen kundtut, ist eben doch nicht Ausdruck von Stärke, sondern von Schwäche und Furcht und bedarf dringend der Korrektur durch den föderalistischen Gedanken, wenn er sich nicht gegen seine Träger selbst kehren soll. Aber solange die unheilvolle Spannung zwischen Ost und West anhält, wird Moskau die Zügel wohl auch hier nicht lockern wollen; wer sich im Kriegszustand befindet, der hat eben gemeinhin kein Auge mehr für die Kraftquelle, die in *freiwilliger* Bindung und Zusammenordnung verborgen liegt.

Pazifikbund? Dabei droht erst noch der Gegensatz zwischen den beiden Großmachtblöcken in Zukunft weiter verschärft zu werden durch die Entwicklung, welche die Ereignisse in *Ost- und Südostasien* nehmen, insbesondere in *China*. Die kommunistischen Volksarmeen haben dort nach verhältnismäßig kurzer Atempause ihren stürmischen Vormarsch nach dem Süden wieder aufgenommen und bedrohen bereits Kanton. An einen ernsthaften Widerstand der «nationalen» Streitkräfte ist bei der völligen Zerrüttung, der Kuomintang-China anheimgefallen ist, gar nicht zu denken, so daß der Zeitpunkt nicht mehr allzu ferne sein kann, da die Kommunisten an den Grenzen Indochinas und Burmas, ja Indiens stehen werden. Die Beunruhigung, die ob solcher Aussicht die Interessenten des alten Regimes ergriffen hat, ist nur zu begreiflich. Der Ostasien-Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung», Walter Boßhard, ein getreues Echo der Stimmung in diesen Kreisen, klagt bereits beweglich über die schwere Gefahr, die Südasien nun bedrohe, wenn auch zunächst weniger von den kommunistischen Armeen her als von dem «Heer roter Agenten, die von Süddhina bis Singapur und Sumatra den Umsturz systematisch vorbereiten». Die Gefahr sei um so größer, als der Abwehr «die einheitliche Führung und eine methodische Planung» fehlen, wie sie die Kommunisten besäßen. Noch sei es freilich nicht zu spät, um Südostasien vor dem «roten Taifun» zu schützen, doch müßten die Abwehrmaßnahmen «der großen und kleinen Länder, die an der Erhaltung des demokratischen Gedankens in Asien (!) interessiert sind», rasch und einheitlich durchgeführt werden.

Die Schaffung eines in diesem Sinne verstandenen *Pazifikbundes*, der Kuomintang-China, Südkorea, Siam, Indonesien, Australien und Neuseeland umfassen solle, wird denn auch gegenwärtig von verschiedenen Seiten her lebhaft betrieben, vor allem von Marschall Tschiang Kai-Shek, diesem großen Vorkämpfer des «demokratischen Gedankens in Asien», der den Plan einer antikommunistischen Militärallianz durch

seine demonstrative Reise zu dem ihm gleichgesinnten philippinischen Staatspräsidenten Quirino geschickt in den Vordergrund geschoben hat. Das Leide ist, daß man in den Vereinigten Staaten, auf deren Beeindruckung es Tschiang Kai-Shek mit seiner Propaganda besonders abgesehen hat, von dem Projekt vorderhand nicht viel wissen will. Gebrannte Kinder fürchten das Feuer, und die Erfahrungen, die Amerika mit der Unterstützung des militärischen Kampfes gegen die Kommunisten in China gemacht hat, sind ja auch wirklich nicht dazu angetan, zu einer Fortsetzung dieser Interventionspolitik in vergrößertem Maßstab zu ermutigen. Dies um so weniger, als man sich in Washington sagen muß, daß es kein wirksameres Mittel gäbe, um das kommunistische China in völlige Abhängigkeit von der Sowjetunion zu bringen, als wenn es, auf die Nord- und Zentralprovinzen beschränkt, von Südchina getrennt bliebe, mit dem es wirtschaftlich wie politisch eine untrennbare Einheit bildet. Von Südchina aus aber unter Kuomintang-Führung und mit amerikanischer Hilfe Nordchina zurückerobern zu wollen, das wäre ein derart phantastisches Unternehmen, daß es nur allzu begreiflich ist, wenn sich die Politik der Vereinigten Staaten auf ein solches Abenteuer nicht einlassen will. Der Atlantikpakt birgt für Amerika der Verpflichtungen und Gefahren schon genug in sich, um nicht auch noch zu einer Ergänzung und Übersteigerung durch einen neuen Pazifikpakt einzuladen. Auch Australien und Neuseeland scheinen «nicht in dem Ding sein» zu wollen, so wenig wie Indien, auf das man da und dort ebenfalls zählt. So dürfte aus dem ganzen Plan vorerst nicht viel werden – freilich nicht etwa, weil man dort, wo die Entscheidungen fallen, gewillt wäre, dem Kommunismus auf dem allein Erfolg verheißenden Boden, demjenigen radikaler Wirtschafts- und Sozialreformen, entgegenzutreten und den Kampf gegen die Armut der asiatischen Volksmassen in großem Stil aufzunehmen, sondern nur, weil man den machtpolitisch-militärischen Kampf gegen den Kommunismus im Fernen Osten zurzeit für wenig zweckmäßig erachtet. Aber das kann sich ändern, und das heißt, daß man sich immer auch von Asien her auf eine Zuspitzung des west-östlichen Gegensatzes gefaßt machen muß, je nachdem sich dort die Verhältnisse gestalten werden.

Der geistige Kampf Man schmeichelt sich nun allerdings in der außerkommunistischen, besonders in der christlichen Welt, daß man ja den Kampf gegen den Kommunismus, wenn schon nicht auf sozialem, so doch neben dem machtpolitischen auch auf geistigem Boden führe, ja daß man gegen ihn vor allem wegen seines materialistischen, gottlosen, widermenschlichen Charakters zu Feld ziehe. Wie steht es damit aber in Wahrheit? Der jetzt in der *Tschechoslowakei* entbrannte Kampf zwischen dem kommunistischen Staat und der römischen Kirche mag uns darüber Aufschluß geben.

Indem wir versuchen, uns darüber ein Urteil zu bilden, wollen wir von vornherein aufs neue aussprechen, daß der katholischen Kirche das Recht vollkommen abgeht, gegen den kommunistischen Staat die Freiheit des Gewissens und die Unantastbarkeit der menschlichen Person anzurufen – Güter, die sie selbst überall planmäßig zerstört, wo *sie* zu befehlen hat. Das gilt namentlich auch für ihr Verhältnis zur Tschechoslowakei. Rom, das einen Jan Hus verbrannt und seine Bewegung erstickt hat, das Böhmen und Mähren, die fast ganz reformiert gewordenen, mit Feuer und Schwert zurückkatholisiert hat, das über die Bevölkerung dieser beiden Länder, besonders in der Zeit der Gegenreformation und der Religionskriege, unsägliche Leiden und Verfolgungen gebracht hat – Rom, so sagen wir, hätte wahrlich allen Grund, nun ein wenig an die eigene Brust zu schlagen; denn was es jetzt an Zwang und Druck von den kommunistischen Trägern der Staatsgewalt erleidet, ist ja nur ein winziges Stückchen Revanche der Geschichte für all das Furchtbare, das es den Vorfahren seiner heutigen Bedrücker selbst angetan hat. Auf die tschechoslowakischen Kommunisten machen sicherlich die Klagen der Rom-Kirche über Vergewaltigung und Entrechtung herzlich geringen Eindruck.

Damit ist freilich die Kirchenpolitik der Prager Regierung noch keineswegs gerechtfertigt. Ein erstes Unrecht macht das zweite noch nicht zum Recht. Und die zwangsweise Gleichschaltung aller Äußerungen des geistigen Lebens mit der kommunistischen Lehre und Weltanschauung, die jetzt in der Tschechoslowakei durchgeführt wird, *ist* ein Unrecht, das wir niemals gutheißen werden und gegen das wir uns im Namen der evangelischen Freiheit ohne Zaudern auflehnen. *Soweit* also die katholische Kirche von den totalitären Maßnahmen des kommunistischen Staates betroffen wird, müssen *wir*, die dazu befugt sind, sie verteidigen, auch wenn sie selbst durch und durch totalitär ist und die Freiheit der Religionsausübung im engeren Sinn für die tschechoslowakischen Katholiken nicht bedroht ist, der Kampf vielmehr um andere Dinge geht.

Um was für Dinge? Kurz gesagt darum, ob Rom und seine Diener das Recht haben sollen, ihren mächtigen geistlichen Propaganda- und Herrschaftsapparat zum politischen Kampf gegen die Regierung der Volksrepublik einzusetzen und die Zusammenarbeit von Katholiken, Laien wie Geistlichen, mit den kommunistischen Behörden und Organisationen zu verbieten. *Daran*, an dieser Zusammenarbeit, an der Gründung einer von Rom unabhängigen «Katholischen Aktion», an der Herausgabe einer ebenso romfreien Zeitung für die katholische Geistlichkeit und ähnlichen Maßnahmen hat sich der Kampf entzündet, und *dagegen* vor allem richtet sich der Bannstrahl, den der Vatikan gegen alle Kommunisten sein wollenden Katholiken, gegen alle Katholiken bleiben wollenden Kommunisten geschleudert hat.

Aber hat denn, so mag man fragen, die römische Kirche nicht das volle Recht, frei darüber zu entscheiden, welche politischen Lehren und

Verhaltensweisen ihrer eigenen Lehre gemäß sind, also auch zu erklären, daß Kommunismus und Katholizismus unvereinbar seien? Und hat sie insbesondere nicht das Recht, ja die Pflicht, sich dagegen zu wehren, daß ihre Organisation zwangsweise zu einem Werkzeug des kommunistischen Staates gemacht werde?

Darauf ist zweierlei zu erwidern.

1. Es handelt sich bei dem Konflikt in der Tschechoslowakei keineswegs nur um eine *Zwangsaktion* des Staates gegen die katholische Kirche, gegen die sich diese aufzulehnen Grund hätte. Hunderttausende, vielleicht Millionen von Katholiken in allen Ländern setzen sich vielmehr *freiwillig,* aus Überzeugung, für die Sache des Kommunismus ein und kämpfen in seinen Reihen mit, wobei wir nie vergessen wollen, daß eben der Katholik an der totalitären Seite des Kommunismus grundsätzlich durchaus keinen Anstoß nimmt. Diese freiwillige Massenabwanderung von Katholiken zum Kommunismus – *das* ist es vor allem, was den Vatikan so tief beunruhigt, muß er doch befürchten, daß die ganze Zwangseinheit und autoritäre Struktur der römischen Kirche allmählich gesprengt werde, wenn sich die ketzerische Lehre, daß man Kommunist sein oder mit dem Kommunisten zusammenarbeiten und doch ein treuer Sohn der katholischen Kirche bleiben könne, in der Tschechoslowakei und in Polen, in Ungarn und Slowenien, in Italien und Frankreich – kurz überall, wo Katholiken wohnen, weiter ausbreiten und befestigen sollte. Die Exkommunikationsdrohung Roms, die das verhindern will, kennzeichnet sich damit eindeutig als Gewaltschlag gegen die freie politische Meinungsbildung und Betätigung der Glieder der katholischen Kirche, auch wenn die westlichen «Verteidiger von Demokratie und Menschenrecht» das ganz in Ordnung flnden. Diese Gewalttätigkeit und Unduldsamkeit gehört eben zum innersten Wesen der heutigen Papstkirche, und ihr Zusammenstoß mit der ebenso gewalttätigen und unduldsamen Kominformkirche liegt darum durchaus in der Natur der Dinge. Nur darf man dabei nicht übersehen, daß in diesem Fall das *Ziel* der kommunistischen Aktion, nämlich die Freiheit der politischen Betätigung gegenüber dem Herrschaftsanspruch des römischen Zentralismus und Absolutismus zu sichern, richtig ist, wenn wir auch die zu seiner Erreichung gebrauchten Mittel nicht billigen mögen. Und wir werden es ja wohl auch erleben, daß Kirchenbann und Verweigerung der Sakramente gegen die soziale Revolution unserer Tage so wenig vermögen werden, wie sie gegen die religiöse und politisch-soziale Revolution des 16. Jahrhunderts vermocht haben. Die Kluft zwischen dem katholischen Kirchenvolk und der römischen Hierarchie wird sich vielmehr gerade deswegen eher noch erweitern und möglicherweise zur Bildung romfreier katholischer Nationalkirchen führen, wenigstens in den osteuropäischen Volksrepubliken und nicht zuletzt in der Tschechoslowakei selbst, deren Boden dafür ja besonders gut vorbereitet ist.

2. Wohl hat die römische Kirche das Recht, selbst zu bestimmen, welches politische Handeln mit ihrer Lehre vereinbar ist und welches nicht. Aber ebensosehr hat jeder, der sich zu Christus bekennt – ob Katholik oder Protestant –, das Recht, den Leitern der römischen Kirche zu bestreiten, daß sie, vom Evangelium her gesehen, mit ihrer Entscheidung das Richtige getroffen hätten. Warum, so muß man doch fragen, erklärt die römische Hierarchie nur den Kommunismus als «materialistisch und widerchristlich», nicht aber auch den Kapitalismus? Warum tut sie nur die Anhänger des Kommunismus in den Bann, nicht aber auch die Bekenner und Ausüber der Religion des Götzen Mammon, nicht auch die Händler und Wechsler, die Ausbeuter und Spekulanten? Warum nicht die Kriegs- und Militärgläubigen, die Generäle und Rüstungsfabrikanten, die Atombombentechniker und Giftgaschemiker, überhaupt alle, die den Krieg vorbereiten und führen, so wie die christliche Frühkirche das Waffentragen streng verurteilte und Offiziere, ja sogar Staatsbeamte und Richter, aus ihren Reihen ausschloß? Warum arbeitete die katholische Kirche jahrhundertelang mit der volksfeindlichen österreichisch-ungarischen Monarchie zusammen, während sie jetzt gegen die Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Staat, ja schon mit der kommunistischen Bewegung, die schwersten Kirchenstrafen androht? Warum hatte Rom nichts einzuwenden gegen einen Monsignore Tiso, solange er in der Slowakei die Geschäfte der Nazi besorgte, erklärt es nun aber als «unzulässige Einmischung in die Politik», wenn der Pater Plojhar sich zum Gesundheitsminister in der tschechoslowakischen Regierung machen läßt, und enthebt ihn seiner priesterlichen Funktionen? Warum stellt sich die katholische Kirche mit all ihrer Kraft hinter das faschistische Blutregiment eines Franco und brandmarkt gleichzeitig das trotz allem unvergleichlich viel menschlichere Regiment Gottwald als unsittlich und gottlos?

Die Antwort kann immer nur sein: Weil die römische Kirche, wie allzeit, so auch heute die Sache der Herrschenden und Besitzenden dieser Welt – zu denen sie eben selber gehört – verteidigt und, nehmt alles nur in allem, eine der zuverlässigsten Stützen der feudalen und kapitalistischen Unrechtsordnung ist, die sie ohne Wanken und Zögern bekämpfen sollte, wenn sie ihrem Herrn und Meister treu sein wollte! Und damit stoßen wir überhaupt zum Kern der Sache vor. Auch in der Tschechoslowakei handelt es sich nicht einfach um den Kampf zweier totalitärer Systeme, in dem wir geruhsam Neutralität bewahren könnten; es geht vielmehr um ein Stück Entscheidung in dem weltweiten Kampf zwischen Religion und Gottesreich, um die Entthronung der römischen Kirche als einer die Weltordnungen verklärenden und erhaltenden Geistesmacht, um die Ausschaltung ihres konservativ und gegenrevolutionär wirkenden Herrschaftsapparats und die Entbindung der in den katholischen Völkern schlummernden, aber sich schon kräftig regenden Glaubenskräfte zum Kampf für die Sache der Gerechtigkeit und des Friedens unter den Menschen. Wir dürfen darum nicht bei der erregten

Anprangerung des kommunistischen Absolutismus stehen bleiben, dürfen uns nicht mit der Verdammung des kommunistischen Atheismus und Antichristianismus zufrieden geben, sondern müssen, wie in der Auseinandersetzung mit der marxistischen Weltanschauung und Gesellschaftslehre überhaupt, neben dem großen Unrecht, in dem der Kommunismus befangen ist, auch sein großes Recht anerkennen, namentlich seinen leidenschaftlichen, hingebungsvollen, gläubigen Kampf für die soziale Revolution, einen Kampf, den vor allem die Christenheit zu führen berufen gewesen wäre, dessen sie sich aber schuldhaft geweigert hat, und den nun eben der Kommunismus aufgenommen hat und führt – auf *seine* Weise. Und das heißt, daß der Kommunismus mit allem, was er Verhängnisvolles und Widerchristliches in sich trägt, zuletzt nur überwunden werden kann, wenn ihm ein überlegener, lebendiger Glaube entgegentritt, der die Revolution *Christi* auf seine Fahnen schreibt – nicht aber ein Christentum, das, aus noch so wohlgemeinter Freiheitsliebe, tatsächlich in *einer* Front mit den schlimmsten Mammonsmächten und mit der ganzen bürgerlich-konservativen Welt von heute steht.

Das gilt gegenüber der römisch-katholischen Internationale; es gilt aber auch vom organisierten *Protestantismus*, dessen Weltkirchenrat, offenkundig durch den Kampf in der Tschechoslowakei inspiriert, vor kurzem einen flammenden Aufruf zum Widerstand gegen die totalitären Doktrinen erlassen hat, ohne daran zu denken, daß die Anklagen, mit denen er den Kommunismus zu treffen sucht – der Totalitarismus lehre, daß «zur Erreichung sozialer oder politischer Ziele alles gestattet ist», setze «politische Macht vor Gott», wolle die Kirche «für weltliche Zwecke ausbeuten» usw. –, ebensosehr, ja in erster Linie gegen den Kapitalismus und seine Machtpolitik, gegen alles Militärwesen und alles Kriegführen erhoben werden müssen, Erscheinungen also, die den Kommunismus erst eigentlich auf den Plan gerufen und dann freilich auf ihn selbst abgefärbt haben. Wenn der «geistige Kampf gegen den Kommunismus» auf *diesem* Boden weitergeführt wird, ist er von vornherein verloren und bleibt bloße Klopffechterei, die nicht weiter ernst genommen zu werden verdient. Unüberwindlich wird nur eine christliche Gemeinde sein, die auf Felsengrund erbaut ist und von hier aus für jene neue Erde streitet, darinnen Gerechtigkeit wohnen soll.

2. August. *Hugo Kramer.*

Schweizerische Rundschau

Finanzreform ohne das Volk Die eidgenössischen Räte haben sich, wie zu erwarten war, in ihrer Sommertagung über die Neuordnung der Bundesfinanzen nicht einigen können. Auch die besondere «Einigungskonferenz», die nun in Tätigkeit treten muß, wird wohl zu nichts führen. So hat denn der Bundesrat jetzt den Kammern einen — im übrigen ungewöhnlich schludrig begründeten — Antrag unterbreitet, wonach das geltende Finanz-